

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danziger Pfennig

Wegzugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 0,50 Gulden, in Deutschland durch die Post 2,50 Gulden monatlich. Einzelnen: die Zeitsp. Zelle 0,50 Gulden, Restmonatszelle 1,00 Gulden, in Deutschland 0,50 und 1,50 Goldmark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6, Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720
Für Anzeigen-Annahme, Setzungsbestellung und Druckfachen 3290.

Nr. 56 Donnerstag, den 6. März 1924 15. Jahrg.

Rüttelt nicht am Achtstundentag!

Danzig, den 6. März 1923. EL.

Was die Großen können, wollen auch die Kleinen! Hatte kürzlich der Verband der Metallindustriellen den Kampf um die Abschaffung des Achtstundentages in Danzig aufgenommen, so wollen nun auch die Unternehmer der anderen Branchen im Streben nach Vermehrung des Profits hinter den Metallindustriellen nicht zurückbleiben. So hat nunmehr auch die Vereinigung des Installationsgewerbes in Danzig an den Senat eine Eingabe gerichtet, keine neue gesetzliche Festlegung des Achtstundentages gutzuheißen, sondern im Gegenteil die Möglichkeit zu schaffen, daß die Arbeitszeit nötigenfalls bis zu 10 Stunden und darüber hinaus verlängert werden kann.

Gründe sind immer wohlfeil wie Brombeeren, und so sind auch die Installationsunternehmer um Gründe in ihrer Eingabe nicht verlegen. In erster Linie muß das Interesse der Kundenschaft erhalten, die bei längerer Arbeitszeit im Installationsgewerbe bei Wohnreparaturen besser bedient werden könne. Auch hätten die Löhne in allen Installationszweigen schon die Grenze des Tragbaren erreicht, so daß durch längere Arbeitszeit und damit Verringerung aller Unkosten die Herabdrückung der Preise für alle Anlagen erreicht werden müsse. Im Interesse der Behörden müsse es liegen, daß die Arbeitszeit verlängert, die Löhne aber nicht erhöht werden. Rund heraus wird in der Eingabe erklärt, daß für das Installationsgewerbe die Uebernahme einer Verpflichtung, vor Entlassung von Leuten bei Arbeitsmangel die Arbeitszeit zu verkürzen, unmöglich sei. Schließlich wird als Grund auch noch die notwendige Konkurrenzfähigkeit gegenüber Deutschland und Polen angegeben.

Mit dem Hinweis auf die notwendige Konkurrenzfähigkeit mit der ausländischen Industrie arbeiten sich die Unternehmer in allen Ländern gegenseitig in die Hände. Nach der Stärkung der Arbeiterschaft durch den Ausgang des Weltkrieges in fast allen Ländern war der Gedanke des Achtstundentages zunächst überall siegreich. Im vorigen Jahre aber begann das deutsche Unternehmertum, nachdem es die Widerstandsfähigkeit der Arbeiterschaft durch die herbeigeführte Geldentwertung zermürbt hatte, den Achtstundentag in Deutschland zu unterhöhlen. Den französischen Unternehmern wurde das schwachhaft gemacht mit der Nebenart, daß Deutschland durch eine verlängerte Arbeitszeit in der Lage sei, die Reparationen zu zahlen. Ausdrücklich erklärten sich die französischen Unternehmer bei den Beratungen des internationalen Arbeitsamtes in Genf mit der Abschaffung des Achtstundentages in Deutschland einverstanden, angeblich nur um Frankreich zu Reparationen zu verhelfen. In Wirklichkeit begann bald darauf auch in der französischen kapitalistischen Presse der Kampf gegen den Achtstundentag mit dem Hinweis, daß Frankreichs Industrie konkurrenzunfähig werde, nachdem Deutschland den Achtstundentag beseitigt habe. Ähnlich war es in Polen, wo polnische Industrielle den Direktor des internationalen Arbeitsamtes Thomas auf die Abschaffung des Achtstundentages in Deutschland aufmerksam machten und angeht dessen für die polnische Industrie Ausnahmebestimmungen verlangten. Wäre es der Danziger Industrie wirklich ernst mit dem angeführten Grund von der Konkurrenzunfähigkeit Danzigs gegenüber Deutschland, so hätte es den Kampf der Stinnes und Konsorten nach Aufhebung des Achtstundentages nicht unterstützen dürfen. Aber gerade das Gegenteil war der Fall. Jede Durchbrechung des Achtstundentages im Reich wurde von dem Danziger Unternehmertum und seiner gefügigen bürgerlichen Presse als ein großer Sieg gefeiert. Diese Leute haben das Recht vermerkt, nunmehr auf die unbewusste deutsche Konkurrenz hinzuweisen.

Daß eine Industrie mit achtstündiger Arbeitszeit auch ihren Konkurrenten mit längerer Arbeitszeit durchaus aus dem Felde schlagen kann, beweist das Beispiel des amerikanischen Autokönigs Ford. Selbst in Europa gibt es einige Unternehmer, die verständlich genug sind, die Regelung der Arbeitszeit nicht allein vom borniertesten Standpunkt des Profitinteresses zu betrachten. So haben bei der kürzlichen Volksabstimmung in der Schweiz über den Achtstundentag auch mehrere Fabrikanten gegen die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit ausgesprochen, weil darunter nur die Produktion leide.

Aufrechterhaltung des Achtstundentages ist für die Danziger Arbeiterschaft — wie natürlich auch für die Arbeiter aller Länder — in erster Linie eine Kulturfrage. Bei der schon erwähnten Volksabstimmung in der Schweiz verbreiteten die Gegner des Achtstundentages Plakate, die einen Arbeiter zeigten, dessen Hände mit schweren Fesseln (dem Achtstundentag) gebunden waren, und der deshalb traurig bei der Arbeitstätte verweilt, während ein anderer Arbeiter die „Fesseln“ des Achtstundentages abgeschüttelt hatte und sich nun über den angeblich zu erwartenden Mehrverdienst unbändig freute. Demgegenüber traten die Verteidiger des Achtstundentages mit Bildern auf, in denen sie darstellten, wie die Arbeiter durch die Verlängerung der Arbeitszeit ihrer Familie entzogen werden und vor allem einem geistigen Stetium anheimfallen. Da kehrten sie müde und träge nach zehn- und elfstündiger Arbeit heim, ohne noch Sinn für geistige Erholung zu haben, höchstens daß sie sich in elenden Spelunken über das graue Glend ihres Sklavendaseins hinwegtrüben wollten. Das Proletariat aber war verwirrt; müde lebte die abgearbeitete Proletarierfrau sich an die Wand, ihre Hände waren nach zehnstündiger Fabrikarbeit nicht mehr fähig, nun auch noch die häuslichen Arbeiten zu verrichten.

Es wäre dringend zu wünschen, daß auch in Danzig die

Kultur und Bildung und der Fehung der Stillschkeit dienen, sich gegen die vom Unternehmertum geforderte längere Arbeitszeit öffentlich aussprechen würden. In der Schweiz fand eine Anzahl evangelischer Geistlicher den Mut, sich öffentlich gegen die Gesetzesvorlage auszuspochen, die die Abschaffung des Achtstundentages vorsah. In dem Aufruf dieser Geistlichen, die nicht wie viele ihrer Kollegen zu willenslosen Dienern der kapitalistischen Machthaber herabgeunken sind, heißt es:

Die Annahme dieser Vorlage würde die Arbeiterschaft erbittern und ihre Arbeitsfreude lähmen. Man darf nicht vergessen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden erst nach langen Kämpfen errungen wurde. Ein von der Arbeiterbevölkerung langersehntes Ziel war damit erreicht. Endlich war der Arbeiter den Beamten und Bureauangestellten gleichgestellt, die für ihre doch weniger schwere, weniger gefährliche oder ungesunde Tätigkeit längere Arbeitszeiten hatten. Endlich war dem Arbeiter zugestanden, daß er nicht nur Arbeiter, sondern Mensch sei und wenigstens über den Werktagabend und Samstagmittag freie Verfügung habe. An diesem endlich erreichten Ziel sollte man grundsätzlich nicht mehr rütteln. Es war trotz allem, was man dafür anführen kann, kein glücklicher Gedanke, den Achtstundentag wieder in Frage zu stellen, und wir sollten alle groß genug denken, um dem Arbeiter nicht wieder nehmen zu wollen, was ihm gehört.

Die Danziger Verfassung kennt ebenso sehr einen Volksentscheid wie die Schweizer Verfassung. Dort endete der Ansturm des Unternehmertums für die Abschaffung des Achtstundentages mit einer großen Niederlage, indem sich die Mehrheit dieses noch stark aus kleinen Bürgern bestehenden Landes für den Achtstundentag aussprach. Sollte das Unternehmertum die Frage des Achtstundentages auch in Danzig durchaus zur Entscheidung bringen wollen, so kann das gesamte Danziger Volk darüber ja in einer Volksabstimmung entscheiden. Ueber den Ausgang dieses Volksentscheides ist uns nicht bange.

Der Achtstundentag bleibt.

Ein Erfolg der Hamburger Hafnarbeiter.

Im Streit zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Hamburger Hafen über die Arbeitszeit hat der Schlichtungsausschuß durch Schiedsspruch bestimmt, daß die wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden bestehen bleibt. Die erste Ueberstunde wird mit 25 Prozent, jede weitere mit 40 Prozent Aufschlag bezahlt. Die Arbeitgeber hatten eine wöchentliche Arbeitszeit von 54 Stunden bei unverändertem Lohn verlangt.

Der Reichstag vor seiner Auflösung.

Der Reichstag dürfte in den nächsten Tagen sein Ende erreichen. Die Reichsregierung hatte vom Reichstag verlangt, daß derselbe keine Änderungen an dem von der Reichsregierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes beschlossenen Verordnungen vornehmen dürfe. Die Erfüllung dieser Forderung hätte für die Sozialdemokratie bedeutet, daß sie alle die einschneidenden Maßnahmen, wie die Beseitigung des Achtstundentages, Kürzung der Sozialrenten und andere gegen die Arbeiterschaft angewandten Maßnahmen aufgegeben hätte. Das war natürlich für die Sozialdemokratie unmöglich. Zwischen den bürgerlichen Koalitionsparteien ist es zu einer Verständigung über die Maßnahmen gekommen, die die Reichsregierung ergriffen wollte. Es ist beabsichtigt, den Reichstag in den nächsten Tagen aufzulösen. Wie die „Voss-Zeitung“ meldet, soll die Reichstagsauflösung am Sonnabend, den 8. März geschehen. Der Reichspräsident habe bereits das Auflösungsdekret unterzeichnet. Wie weiter gemeldet wird, will die Regierung noch den Versuch machen, ob nicht vor der Auflösung sowohl der Reichstag als auch der deutschnationale Antrag, der die Verbindung der Wahl des Reichspräsidenten mit der Reichstagswahl verlangt, erledigt werden.

In der fortgesetzten Besprechung des Notetats, mit der u. a. die Beratung von Interpellationen der Sozialdemokraten betr. Schutz der Arbeitskraft und ein sozialdemokratischer Antrag betr. sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes sowie ein Antrag der Deutschnationalen betr. Aufrechterhaltung des militärischen Ausnahmezustandes verbunden ist, führte Abgeh. Breitheid aus: Die sozialdemokratische Partei stehe zu ihren Anträgen ohne Rücksicht darauf, wie sich die Regierung dagegen verhalte, und werde jede Konsequenz auf sich nehmen, welche die Regierung daraus ziehe. Redner kam auf den Münchener Prozeß zu sprechen und fragte, warum kein Reichskommisär nach Bayern geschickt sei. Seine Partei lehne den zivilen Ausnahmezustand ebenso ab wie den militärischen. In der Außenpolitik zeigten sich manche Befremdungen. Die Haltung der englischen Arbeiterregierung gebe zu einem gewissen Optimismus Veranlassung.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm in ihrer heutigen Sitzung den Bericht des Fraktions-

Die Militärkontrolle über Deutschland.

Verständigung zwischen England und Frankreich.

Die Botschafterkonferenz verständigte sich gestern in Anwesenheit des Marschalls Foch über den Wortlaut der an Deutschland zu richtenden Note über die Wiederaufnahme der Militärkontrolle. Laut Savas wurden die Vorschläge der englischen Regierung vom 25. Februar mit einigen Abänderungen in den Einzelheiten angenommen. Die Note wird heute abend an die deutsche Regierung abgehen und für die interalliierte Militärkontrollkommission das Recht beanspruchen, demnächst mit Unterstützung der deutschen Behörden in ganz Deutschland die Mannschafbestände nachzuprüfen und festzustellen, ob Deutschland im Jahre 1923, während die Kontrolle nicht ausgeübt wurde, keine neuen militärischen Vorbereitungen getroffen habe und zurzeit die Abrüstung endgültig durchgeführt sei. Bei negativem Ergebnis der Nachprüfung würden die Alliierten bereit sein, gemäß den Vorschlägen der Botschafterkonferenz an Deutschland vom September 1922 die Militärkontrollkommission durch ein Garantiekomitee oder ein anderes gleichwertiges Organ mit beschränktem Personalbestand zu ersetzen. Vorher werde Deutschland die 1922 vorgeesehenen fünf Forderungen erfüllen müssen, namentlich betreffend Aenderung der Gesetzgebung über die Ausfuhr von Waffen und Entmilitarisierung der Polizei.

Deutschlands Reparationsleistungen im Jahre 1923.

In Beantwortung einer Anfrage, die um eine Veranschlagung des Wertes der Darlehen und Sachlieferungen durch Deutschland an die Alliierten seit dem Zeitpunkt des Eindringens Frankreichs in das Ruhrgebiet ersucht hatte, erklärte der englische Schatzkanzler Snowden, daß der Zahlung sechsmonatiger Schatzscheine an Belgien wurden durch die deutsche Regierung für die Reparationsrechnung während des Jahres 1923 keinerlei Barzahlungen gemacht. Die Sachlieferungen betrugen an Großbritannien 156 Millionen, an Frankreich 14 Millionen, Belgien 6 Millionen und Italien 128 Millionen Goldmark. Außerdem gab die deutsche Regierung Papiergeld an die verschiedenen Besatzungsheere auf Anforderung insgesamt von 24 200 000 Goldmark. Die Ausgabe von Papiergeld an Frankreich und Belgien wurde vom Beginn der Ruhrbesetzung bis Dezember 1923 eingestellt. In die Reparationskommission sind keinerlei Zahlungen geleistet worden.

Endlose Dauer des Hitlerprozesses.

Aus München wird gemeldet: Der Hitlerprozeß dürfte voraussichtlich noch drei Wochen dauern. Die Staatsanwaltschaft hat etwa 80, die Verteidigung etwa 150 Zeugen geladen.

Ein neuer Berliner Bezirkstag.

Der Berliner Bezirksvorstand der sozialdemokratischen Partei hat auf kommenden Sonnabend einen neuen Bezirksparteitag einberufen und zur Beilegung des Richtungsstreits über die Kandidatenliste für die Reichstagswahlen beschlossen, diesem neuen Bezirksparteitag den ursprünglich vom erweiterten Bezirksvorstand beschlossenen Verständigungsvorschlag für die Reichstagswahllisten zur Annahme zu empfehlen.

Abgebligte Schutzkollner in Schweden. Im schwedischen Reichstag haben die Rechtsparzieren einen Antrag auf Erhöhung der Zölle bis zu 50 Prozent und auf Erlass von Einfuhrverboten gestellt. Begründet wurde diese Forderung mit dem Hinweis, daß die schwedische Handelsbilanz die im Jahre 1923 ein Defizit von 235 Millionen Kronen aufwies, auch in den ersten Monaten des Jahres 1924 hart passiv geblieben ist. Die erhöhten Zölle sollten besonders die Einfuhr von Maschinen und Metallen, Holz und Papierwaren betreffen und waren von dem Wunsch nach protektionistischen Maßnahmen in der Wirtschaft diktiert. Der Antrag wurde mit 2/3 Mehrheit abgelehnt. Die Gegner der Schutzkollner verweisen auf die nach der Krise der letzten Monate eingetretene Belebung der schwedischen Industrie, die besonders der Textilindustrie und der Zelluloseindustrie zu bezeichnen erscheint, die Passivität der Handelsbilanz zu beheben.

Das Pulverfaß auf der Westerplatte.

Einstimmiger Protest des Volkstages. — Die Erwerbslosenbeihilfe beschlossen.

Der Volkstag zeigte gestern das seltene Bild einer Einheitsfront aller deutschen Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten. Es handelte sich um einen Antrag, der sich gegen die Zuteilung der Westerplatte als Munitionslagerplatz für lang der Polen wendete. Abgesehen von den Polen, die durch die Geschäftsordnungsdebatte die Erledigung dieses Antrages verzögerten, sprachen sich die Redner aller Parteien gegen die Wegnahme dieses gerade den militärisch bedürftigsten Danziger diebstendigen Bades aus, wobei die Vertreter der Linken noch betonten, daß bei einer Munitionskatastrophe die Arbeiterschaft gerade der am meisten leidende Teil sein würde. Mit Recht der am meisten leidende Teil sein würde. Mit Recht der am meisten leidende Teil sein würde. Mit Recht der am meisten leidenden Teil sein würde. Mit Recht der am meisten leidenden Teil sein würde.

Der Volkstag zeigte gestern das seltene Bild einer Einheitsfront aller deutschen Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten. Es handelte sich um einen Antrag, der sich gegen die Zuteilung der Westerplatte als Munitionslagerplatz für lang der Polen wendete. Abgesehen von den Polen, die durch die Geschäftsordnungsdebatte die Erledigung dieses Antrages verzögerten, sprachen sich die Redner aller Parteien gegen die Wegnahme dieses gerade den militärisch bedürftigsten Danziger diebstendigen Bades aus, wobei die Vertreter der Linken noch betonten, daß bei einer Munitionskatastrophe die Arbeiterschaft gerade der am meisten leidende Teil sein würde. Mit Recht der am meisten leidenden Teil sein würde. Mit Recht der am meisten leidenden Teil sein würde. Mit Recht der am meisten leidenden Teil sein würde.

die Westerplatte voll und ganz zutreffen. Ein Unterschied zwischen Dalm und Westerplatte besteht in dieser Beziehung nicht. Die Angelegenheit ist nicht nach politischen Grundsätzen zu beurteilen, sie darf auch nicht nach politischen Gesichtspunkten behandelt werden, sie darf nur angesehen werden nach den Grundsätzen der Menschlichkeit. Ich hoffe, daß die Entscheidung dahin ausfallen wird, daß § 1 der Satzungen des Völkerbundes in die Wahrheit umgesetzt wird. Dieser § 1 stellt nämlich als Zweck des Völkerbundes dar: „Die Zusammenarbeit mit den Völkern zu fördern und ihnen Frieden und Sicherheit zu gewähren.“ (Lebhaftes Bravo von allen Seiten des Hauses.)

Der sozialdemokratische Standpunkt.

Abg. Gen. Rahn erklärte, daß die vereinigte sozialdemokratische Fraktion dem Antrage zustimmen werde, allerdings aus anderen Gründen als die Antragsteller. Mit den von den Deutschnationalen vorgebrachten Gründen leiste man der Sache einen schlechten Dienst, denn man könnte ihnen entgegenhalten, daß Danzig in früheren Jahren als Stapelplatz großer Munitionsmengen gedient habe.

Für die vereinigte sozialdemokratische Fraktion seien andere Gründe maßgebend. Sie ist prinzipiell Gegner des Krieges. Sie widerspricht deshalb der geplanten Anlage eines Munitionslagers, weil sie nicht will, daß Danzig eines Tages in den Herd eines Krieges verwickelt werden könnte. Weder im Friedensvertrag noch in der Konvention findet sich eine Begründung für einen derartigen Munitionslagerplatz. Der Völkerbund, der es in erster Linie übernommen hat, Kriege zu verhindern, hat jetzt Gelegenheit, sein Ziel in die Tat umzusetzen, zumal er Danzig unter seinen besonderen Schutz gestellt hat. Danzig ist leicht feindlichen Angriffen ausgesetzt sobald Polen in einen Krieg gerät und sich hier ein polnischer Munitionslagerplatz befindet. Wenn der Völkerbund Danzig schützen will, muß er die Anlage eines solchen Depots im Freistaat verhindern. Es besteht durchaus die Möglichkeit, die einkommende Munition sofort abzurapportieren. Der Völkerbund möge deshalb Danzig vor den Segnungen eines polnischen Munitionslagerplatzes warnen. (Bravorufe.)

Für die Zentrumsfraktion gab der Abg. Evert die Erklärung ab, daß das Recht Polens, Kriegsgerät durch Danziger Gebiet zu befördern, nicht beschränkt werde. Im Freistaat sei aber kein Platz vorhanden, der als Munitionslagerplatz dienen könne, ohne das Hab und Gut, Leben und Gesundheit vieler Danziger schwer gefährdet sei. Wenn die Westerplatte Munitionslagerplatz werde, gehe der Danziger Bevölkerung der schönste Erholungsplatz verloren.

Abg. Raube (K.) lehnte aus den gleichen Gründen wie Gen. Rahn die Anlage eines Munitionslagers auf der Westerplatte ab. Redner empfahl dem Senat, die Revision des Versailler Vertrages anzustreben, denn darin liege die Ursache der Schwierigkeiten.

Abg. Rüd (D.R.) betonte die Gefahr des Munitionslagers auf der Westerplatte für Danzigs Handel und Industrie. Ausländische Schiffe würden unter diesen Umständen Danzig meiden. Der Senat möge mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die Anlage eines Munitionslagers auf der Westerplatte verhindern.

Abg. Sahnfeldt (D.Soz.) protestierte ebenfalls gegen den geplanten Munitionslagerplatz. In Übereinstimmung mit dem Abg. Raube forderte er den Senat auf für die Revision des Versailler Vertrages beim Völkerbund einzutreten.

Die Aussprache wurde damit geschlossen. Mit 90 gegen die Stimmen der drei anwesenden Polen wurde der Antrag angenommen.

Uebelstände bei der Kleinbahn.

behandelte eine große Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion, die alsdann zur Verhandlung kam. Abg. Gen. Rahn rügte in der Begründung der Anfrage, daß Fehlen der Warterräume bei der Kleinbahn. Ferner entsetze die der abnehmenden Zahl der Kleinbahnfahrer. In Danzig beschäftigte Arbeiter müssen bereits am Sonnabend nachmittags wieder ihre Familien verlassen, um am Montag ihrer Beschäftigung in Danzig nachgehen zu können. Redner forderte den Senat auf dahin zu wirken, daß wieder rühmliche Lehren. Gen. Rahn protestierte ferner dagegen, daß auf den Reichsfeiern Scherzreden erhoben werden, unter Missachtung der verbrieften Rechte der dortigen Bevölkerung.

Recherchenrat Wener-Warkhausen antwortete, daß die Frühlänge bereits gelehrt werden. Vorterräume würden sobald als möglich beschafft. Die Erhebung der Fahrpreise sei berechtigt. Nachdem der Abg. Rahn (Dinnl.) für seine Fraktion eine Interpellation eingebracht hatte, was vom Abg. Gen. Brill freilich aufgenommen wurde, ging die Anfrage an den Wirtschaftsausschuß.

Erleichterungen für die gekündigten Behördenangestellten.

verlangte ein Antrag der Arbeiterversammlung, der vom Abg. Ebiar bearbeitet wurde. Der Senat möge den gekündigten Angestellten Gerechtigkeit geben, sich wieder in ihren früheren Beruf einzugewöhnen. In diesem Zweck müßten Kurie eingerichtet werden. Unliebsam wurde es empfunden, daß Handwerker als kaufmännische Angestellte beschäftigt werden.

Abg. Gen. Voops kritisierte scharf, daß Angestellte entlassen werden, trotzdem aber immer wieder Neueinstellungen erfolgen. So habe man in letzter Zeit einen Buchhalter und einen früheren Rechner bei der Zollverwaltung. Dann folgte noch eine längere Aussprache über das Verbot der Einfuhr kommunistischer Literatur, die zu keinem Ergebnis führt.

Neue Löhne für Eisenbahner.

Zwischen dem Deutschen Eisenbahner-Verband einerseits, der polnischen Staatsbahndirektion und dem Hafenausschuß andererseits wurde mit Wirkung vom 11. Februar 24 bis zum 31. März 24 folgendes Lohnabkommen vereinbart: Lohngruppe 1: 81 Pfg., Lohngruppe 2: 79 Pfg., 3: 77 Pfg., 4: 71 Pfg., 5: 69 Pfg., 6: 66 Pfg., 7: 64 Pfg., 8: 62 Pfg., 9: 58 Pfg., 10: 56 Pfg. pro Stunde. Sozialzulagen: 11. Familie 3 Pfg., 12. Familie 5 Pfg., 13. Familie 8 Pfg. pro Stunde. Beamtenzuschlag: Gruppe 2: 2 Pfg., Gruppe 3: 4 Pfg., Gruppe 4 und höher 6 Pfg. pro Stunde. Gebrüder im 1. Lehrjahr 12 Pfg., im 2.: 15 Pfg., im 3.: 22 Pfg., im 4.: 30 Pfg. pro Stunde. 12 Std. Dienstzeit: 18 Pfg. pro Stunde. Doro, Unter-Strammache 18 Pfg. pro Stunde.

Stunde. Schmutzige Arbeiten 10 Pfg. pro Stunde. Taucher: bis zu 9 Meter Tiefe 1,80 Gulden, bis 15 Meter Tiefe 3,00 Gulden, Taucher ohne Helm 0,80 Gulden pro Stunde.

Die Erwerbslosenbeihilfe.

Nachdem der Volkstag zu der Frage des Munitionslagers auf der Westerplatte fast einmütig seine ablehnende Haltung bekundet hatte, beschäftigte er sich mit dem Gesetzentwurf über die Erwerbslosenbeihilfe. Der sozialdemokratischen Fraktion war es bekanntlich gelungen, bei der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs am vergangenen Freitag eine für die Arbeitslosen annehmbare Form dieses Gesetzes durchzusetzen. Die bürgerlichen Parteien wollten den verheirateten unterstützten Erwerbslosen nur 25 Gulden bewilligen. Mit 7 Stimmen Mehrheit wurde dann der Antrag des Abg. Gen. Klosewski angenommen, der für alle Erwerbslosen Beihilfen von 25 bis 50 Gulden vorsah. Auch diejenigen Erwerbslosen, die nun wieder seit 14 Tagen arbeiten, vorher aber längere Zeit arbeitslos waren, sollen nach dem sozialdemokratischen Antrag die Beihilfe erhalten, da Abg. Gen. Klosewski nachgewiesen hatte, daß auch in diesen Fällen die Not sehr groß ist. Die sofortige dritte Lesung des Gesetzes wurde damals von den Deutschnationalen verhindert mit der Absicht, das Gesetz wieder zu verschleiern.

Sämtliche bürgerlichen Parteien von den Deutschen Sozialen bis zu den Deutschnationalen brachten denn auch in der gestrigen Sitzung einen Antrag ein, der diejenigen Erwerbslosen, die nunmehr in Arbeit stehen, von der Gewährung der Beihilfe ausschließen sollte. Nachdem der Abg. Schille (Z.) Bericht über die Ausschüßerverhandlungen erstattet hatte, begründete Abg. Raube (K.) noch einmal kurz den ursprünglichen kommunistischen Gesetzentwurf, obwohl feststand, daß er keine Mehrheit im Hause finden würde.

Abg. Gen. Klosewski begründete dann eingehend einen sozialdemokratischen Verbesserungsantrag, der die Zahl der Beihilfeneempfänger vergrößern sollte. Der gemeinsame Antrag der bürgerlichen Parteien werde zu großen Härten führen. Der Volkstag möge deshalb beschließen, daß diejenigen die Beihilfe erhalten sollen, die in den letzten zwei Monaten 21 Tage arbeitslos waren. Diese Fassung des Gesetzentwurfs sei notwendig, um Auslegungsschwierigkeiten der Behörden zu verhindern.

Es folgte dann die Abstimmung. Der ursprüngliche kommunistische Gesetzentwurf wurde gegen die Stimmen der Linken abgelehnt. Der Antrag des Abg. Gen. Klosewski, denjenigen Unterstützung zu zahlen, die in den letzten beiden Monaten 21 Tage arbeitslos waren, wurde ebenfalls mit 54 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Lebhaftes Wuturufen der Linken beantworteten die Deutschnationalen mit Gelächter. Nachdem alle sozialdemokratischen und kommunistischen Verbesserungsanträge von der bürgerlichen Mehrheit des Hauses abgelehnt worden waren, wurde der Gesetzentwurf über die Beihilfe an die Erwerbslosen in der oben wiedergegebenen Form einstimmig angenommen. Aufgabe des Senats wird es nun sein, die Beihilfe so schnell als möglich zur Auszahlung zu bringen, da Hilfe dringend notwendig ist.

Das Gesetz hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Alle Erwerbslosen, die innerhalb des letzten Monats 21 Tage arbeitslos gemeldet sind und ihre Arbeit nicht durch eigenen Verschulden verloren haben, erhalten eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe nach folgenden Grundätzen:

1. für Verheiratete 50 Gulden
hierzu tritt ein Zuschlag für jedes einzelne Kind von 5 Gulden
2. für Unverheiratete über 21 Jahre 35 Gulden
3. für Unverheiratete unter 21 Jahre 25 Gulden

Eine Erhöhung der Krankenhausätze.

beantragt der Senat in einer Vorlage an die Stadtbürgerschaft. Die von der Stadtvorordnetenversammlung zuletzt im Oktober 1923 beschlossenen Kur- und Verpflegungsätze in den städtischen Krankenhäusern sollen danach wie folgt geändert werden:

1. Klasse für Einheimische täglich 12,50 Gulden (13,75; 12,50 Gulden), für Auswärtige täglich 16,00 Gulden (18,75);
2. Klasse für Einheimische 9,00 Gulden (7,50), für Auswärtige 12,00 (11,25);
3. Klasse für Einheimische 4,50 Gulden (3,25), für Auswärtige 6,00 Gulden (5,00);
- für einheimische Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahre täglich 3,00 Gulden (2,00), für auswärtige Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahre 4,00 Gulden (3,00).

Zur Begründung wird angeführt, daß der städtische Zuschuß zur Krankenhausverwaltung, der in der Vorkriegszeit 1912—14 sich in den Grenzen von 33, 40 und 33 Prozent bewegte, in den ersten drei Monaten seit der letzten Tarifsteigerung bereits auf 42 Prozent gestiegen ist.

Dieses unzulässige Ergebnis sei darauf zurückzuführen, daß die letzten Kurkostenätze, hauptsächlich die der 2. Klasse und der Kinder, die mit durchschnittlich 20 657 Verpflegungsätzen von insgesamt 2 109 Verpflegungsstätten im Monat den größten Prozentsatz der Gesamteinnahme bilden, gegenüber den tatsächlichen Selbstkosten zu niedrig sind. Nach der neuen Erhöhung würden sich die Aufschüsse auf rund 182 000 Gulden stellen, die Einnahmen auf rund 116 000 Gulden, so daß sich ein Zuschuß von 66 000 Gulden, gleich 36 Prozent der Ausgabe, ergibt. Dieser Prozentsatz würde demnach den in der Vorkriegszeit bewilligten Zuschüssen entsprechen. Die Stadtbürgerschaft wird am Dienstag zu dieser Vorlage Stellung nehmen.

Renwahl von Richtern. Durch den Richterwahlauschuß sind gewählt: 1. zum aufsichtsführenden Amtsrichter beim Amtsgericht in Neuteich der Amtsgerichtsrat Braun in Neuteich, 2. zu ordentlichen Handelsrichtern die Kaufleute Domanski und Krozell, 3. zu stellv. Handelsrichtern die Kaufleute Giesewetter und Karstlich.

Die Anschaffung eines vierten Krankenautos ist vom Senat bei der Stadtbürgerschaft beantragt. Die jetzt im Dienst befindlichen drei Wagen werden als nicht ausreichend erklärt. An Kosten für die Anschaffung werden etwa 20 000 Gulden angefordert.

Künstliche Augen für Kriegsbeschädigte kommen demnach auf Antrag zur Anfertigung. Wir verweisen auf die Bekanntmachung im Anzeigenteil.

Verhütete Kinder Danzigs. Im Rahmen dieser zum Besten der Kinderhilfe des Roten Kreuzes stattfindenden Vortragsreihe findet morgen, Freitag, den 7. März, der Vortrag über Johannes Falk statt. Näheres Anzeig.

Nach Eröffnung der Sitzung trat das Haus in die Beratung des deutschnationalen Antrages ein, der gegen die Anlage eines polnischen Munitionslagerplatzes auf der Westerplatte Protest erhebt. Abgeordnete der polnischen Fraktion versuchten unter Hinweis auf die Geschäftsordnung die Beratung des Antrages zu verhindern, hatten jedoch damit keinen Erfolg.

Abg. Schütz (Dinnl.) erklärte bei der Begründung des Antrages, daß weder der Polm noch die Westerplatte als Munitionslagerplatz in Frage käme. Im gesamten Freistaat sei für diesen Zweck kein geeigneter Platz vorhanden. Diese Angelegenheit sei keine politische, sondern eine wirtschaftliche und menschliche. Für die Gesundheit der Bevölkerung sei die Erhaltung der Westerplatte in ihrer jetzigen Form von großer Bedeutung. Eine Munitionsexplosion auf der Westerplatte werde Handel und Verkehr jahrzehntelang lahmlegen. Der Völkerbund sei verpflichtet, Danzig vor einer solchen Gefahr zu schützen.

Die Auffassung des Senats.

Senatspräsident Sahn führte aus: Von den Entscheidungen, die der Rat des Völkerbundes in Danziger Fragen getroffen hat, hat wohl keine in Danzig so schwerwiegende Auswirkung erregt als jene Entscheidung, wodurch die von uns angefochtene Entscheidung des Hohen Kommissars bestätigt wurde, daß der Polm als Lagerplatz für polnisches Kriegsgerät dienen solle. Der Senat hat von Anfang an gegen diesen Plan Stellung genommen. Wir haben von Anfang an den Völkerbund auf die Gefahren hingewiesen, die der ganzen Bevölkerung, sowie dem Hafen und der Wirtschaft Danzigs drohten. Wie eine Wolke von schweren Gefahren hat die ganze Zeit hindurch die Möglichkeit über uns gehangen, daß diese Entscheidung einmal in Kraft gesetzt werden könnte. Und wie ein Blitz durchleuchtete dieses Dunkel die Kunde von der großen Munitionskatastrophe in Warschau. Es lag nun wohl nahe, daß jemand, der am eigenen Leibe die ungeheure Wirkung einer solchen Munitionskatastrophe erfahren hatte, einem anderen nicht zumuten würde, sich selbst in Gefahr zu begeben. Aber weit davon entfernt, sich selbst in Gefahr zu begeben, hat die Republik Polen den Schluß gezogen, daß die zugeleitete Polmzunge noch nicht genügend sei, sondern hat noch die ganze nördliche Polmzunge verlangt. Wir dagegen haben gleichfalls die Munitionskatastrophe zum Anlaß genommen, um erneut die Munitionsfrage beim Völkerbund aufzurollen, und hatten erneut den Antrag gestellt, die Munitionsüberlage ganz aus dem Danziger Gebiete zu entfernen. Unsere Bemühungen haben, wie wir mit Dank feststellen können, den Erfolg gehabt, daß der Völkerbund seine bereits getroffene Entscheidung zurückstellte und die ganze Angelegenheit noch einmal durch eine Sachverständigenkommission prüfen ließ.

Das Gutachten dieser Kommission liegt jetzt vor. Der Senat hat volles Verständnis dafür, daß die gesamte Bevölkerung Neufahrwasser sich zu einer mächtigen Protestkundgebung erhoben hat; der Senat hat ebenso volles Verständnis dafür, daß es der Volkstag als seine Ehre nicht angesehen hat, sich mit dieser Angelegenheit noch vor der Tagung des Völkerbundsrates zu befassen. Es ist selbstverständlich, daß der Senat im Sinne des Antrages die Munitionsangelegenheit vor dem Räte des Völkerbundes vertreten wird. Wenn auch die Gefahr vom Polm weggenommen worden ist, und damit der Danziger Standpunkt glänzend gerechtfertigt ist, so muß aber betont werden, daß dieselben Gründe, die gegen die Benutzung des Polms angeführt sind, auch für

Reform der Justiz.

Die Senatspressestelle gibt folgende Mitteilung heraus: In der vom Präsidenten des Senats am 1. Februar...

Zu diesem Zwecke fand am 8. d. Mts. unter dem Vorsitz des Senators Dr. v. d. Mts. unter dem Vorsitz...

Zur Erledigung der Vorarbeiten und Mitarbeituna der der erforderlichen Gesetzentwürfe wurden aus Vertretern...

Die Tragödie der Wohnungslosen.

Eine Frau, die derart elend, verhungert und abgemagert aussieht, daß sie die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich...

höhere Strafe, aber es sei zu berücksichtigen die Schwangerschaft, die hochgradige Nervosität und die Unterernährung...

Bereinigte Sozialdemokratische Partei Danzig.

Freitag, den 7. März, abends 6 1/2 Uhr, in der Handels- und Gewerbeschule, an der großen Mühle.

Große Funktionär-Versammlung.

Tagesordnung:

- 1. Vortrag des Gen. Grunhagen: Ziele der Konsums- und Produktionsgenossenschaftsbewegung. 2. Die Bildungsbestrebungen der Partei. Referent: Gen. Mann. 3. Stellungnahme zur Malfeste.

Die Bezirksleiter werden ersucht, alle Funktionäre besonders einzuladen. Mitteilungs- und Vertrauensmännertarten sind voranzugehen. Der Landesvorsitzende.

Die Hauptversammlung der Bank von Danzig.

Die erste Hauptversammlung der Bank von Danzig fand gestern im Artushof statt. Zu ihr hatten sich auch die Kleinaktionäre recht zahlreich eingefunden.

Die Renaussstellung der städtischen Miet- und Pachtverträge. Der Senat hat zur nächsten Stadtbürgerchaftssitzung am Dienstag kommender Woche einen Antrag eingebracht...

Pacht- und Erbbauverträge vorzunehmen, soweit dies Änderungen zugunsten der Stadtgemeinde erfolgen. Zweck dieses Antrages soll sein, die Verwaltungsbearbeitung zu vereinfachen.

Anträge in der Stadtbürgerchaft. Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Fraktion der Stadtbürgerchaft haben folgenden Antrag eingebracht: Um allen Stadtbürgerchaftsmitgliedern die dauernde Teilnahme an den Arbeiten der Stadtbürgerchaft zu ermöglichen...

Fahrplanänderungen im Kleinbahnverkehr. Die Betriebsdirektion der Westpreussischen Kleinbahnen teilt mit, treten am 8. März auf verschiedenen Strecken des Danziger Kleinbahnnetzes recht erhebliche Änderungen ein.

Schwierige Fahrt durch Eisfelder. Der holländische Dampfer „Dibo“ fuhr am 14. Februar mit Kaufmannsgütern für Danzig von Amsterdam ab und kam am 17. in ein Eisfeld, in dem der Dampfer festgehalten wurde.

Eine Arbeiter-Flugvorvereinigung ist in Berlin gegründet worden. Zweck und Ziel der Vereinigung ist, etwaigen Flugzeugführern und sachmännlich gebildeten Sportfreunden (Monteure, Facharbeiter) die Weiterbildung und Übung ihrer fliegerischen Kenntnisse zu ermöglichen.

Haack-Berkows „Hamlet“.

Ein fast lüdenloser „Hamlet“. Von 7 Uhr bis Mitternacht. Nach dem mittelmäßigen ersten Akt will man laufen. Nach dem oft öden, lächerlich-anziosen zweiten...

Eine Enttäuschung aber blieb er doch. Der Hamlet des Shakespeare war es nicht. Nie und nimmer. Summa summarum war es eine anständige Durchschnittsleistung.

So sicher der Berliner Zirkus den „Hamlet“ tot machte, so sicher hat ihn das in seinen technischen Unzulänglichkeiten entwürdigende Vertikalisierhaus-Vorbau zu neuem Leben entzückt.

nen Stufen die große Tragödie entzaubert, entgöttert. Das geht einfach nicht. Hier sind Szenen, Bilder, denen man mit den beliebten Andeutungsmandern nicht nur in keiner Weise gerecht werden kann...

Und die Darsteller? Sie sollen und wollen nirgend überlegen. Nun: sie können es auch gar nicht. Da ist ein Hamlet von einschläfernder Monotonie, eine Königin, die Polyliens Tod deklamiert mit Gefühl und Wollenschlag...

Ein Naturschutzpark in Südafrika. Ein Nationalpark, der dreimal so groß werden soll, wie der berühmte Yellowstone-Park in den Vereinigten Staaten, soll in Südafrika geschaffen werden.

Ämtliche Börsennotierungen.

Danzig, 5. 3. 24. 1 Dollar: 5,82 Danziger Gulden. 1 Million poln. Mark: 0,63 Danziger Gulden. 1 Rentenmark 1,31 Gulden. Berlin, 5. 3. 24. 1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 18,1 Billionen Mk.

Danziger Getreidepreise vom 5. März. (Ämtlich.) In Danziger Gulden per 50 Kg. Weizen 11,00-11,60. Roggen 7,50-7,55. Gerste 7,75-8,10. Hafer 7,20-7,50.

Table with 3 columns: Location, Price per unit, and Date. Includes entries for Wasserstandsnotizen am 5. März 1924, Zowischort, Warshau, Ploch, Thorn, Jordan, Galm, Graudenz, and Eisbericht vom 5. März 1924.

Verantwortlich für Politik Ernst Loops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für literarische Artikel Anton Höpfer, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von J. Gehl u. Co.

Stichtige Augen für Kriegsbeschädigte
fertig Müller-Uri vom 21.-24. März in Danzig an. Antikage auf Lieferung wochentags von 9-1 Uhr beim Versorgungsamt Samtgasse, Zimmer 21 unter Ablieferung der unbrauchbaren Augen. (12193)

Stadttheater Danzig.

Intendant: Rudolf Schaper.
Heute, Donnerstag, den 6. März, abends 7 Uhr:
Dauerkarten haben keine Gültigkeit.
Gewöhnliche Opernpreise.
Drittes Gastspiel der „Danziger Tonkultur“:
In vollständig neuer Ausstattung!
Liederdichtungen nach Peer Gynt
in zwei Teilen und 18 Bildern.
Entworfen und in Szene gesetzt von Herbert Selke
unter choreographischer Mitarbeit von Eugenie Mogilowsky-Last. Musik von Edvard Grieg u. a.
Musikalische Leitung: Werner Gehling (Stadttheater-Orchester).
Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.
Freitag, 7. März, abends 7 Uhr. Dauerkarten Serie 3. „Othello“. Große Oper.
Sonntag, 8. März, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. „Woh' dem, der läßt“ Lustspiel.

Naumann-Nähmaschinen
für Familie, Gewerbe und Industrie
nähen vor- und rückwärts
sticken und stopfen.
Alleinvertrieb durch:
Berstein & Comp. G. m. b. H.
Danzig, Langgasse 50
Reparaturen billigst
Bequeme Teilzahlung gestattet

Regers Konvert.-Berikon
3. Aufl., 16 Bb., bill. zu verkaufen, auch ein gut erh. Kinderklappstuhl.
Offert. unt. V. 1978 an d. Exped. d. B.-K. (12194)

Ein holzernes **Paradebeigeftell**
mit Sprungfedermatratze zu verk. Stollmacher, Gef. Hertastr. 7, 2 Tr. (12195)

Tagesgespräch
sind meine spottbilligen Preise geworden.

Herren-Anzüge aus guten Stoffen **18 G 22 G**

Herren-Anzüge in mod. hellen und dunklen Stoffen und guten Sitz **26 G 28 G**

Herren-Anzüge elegante, mod. Fassons, best. Stoff. u. Futters. **32 G 38 G** und höher

Burschen-Anzüge in allen Größen und Farben **16 G 20 G** und höher

Einsegnungs-Anzüge in blau und schwarz von **22 G** an

Gummi- und Schwedenmäntel
elegante Verarbeitung und modernste Farben
Breeches, Manchester-, Stoff- und Arbeitshosen
zu wirklich staunend billigen Preisen
Beachtung ohne Kaufzwang erbeten (12185)

Stein's Konfektions-Haus
nur 21 Mäker-gasse 21
Teilzahlung auf sämtliche Waren gestattet.

Achtung! Hausfrauen! Billig!
Freitag und Samstag:
Schweinefleisch 0.90 - 1.00 G
Kalbfleisch 0.50, 0.60, Keule 0.70 G
Rindfleisch 0.50, 0.60, 0.70 G
Hammelfleisch 0.70 G

Markthalle, Stand 36,
nur im Keller.
Balda vorm. Fischer. (12194)

Anzüge, Sommer- u. Winter-Paletots, Raglans
verkauft enorm billig
Schwarz, (12113)
III. Damm 13, 2 Tr.

Kongertglider mit Stoffen, Silberkranz und Stramp billig zu verk. Befähigt. u. 4-7 Uhr. Wedhorn, Stiftswinkel 18, 2 Tr. (12196)

Kinderhilfe des Roten Kreuzes
Berühmte Kinder Danzigs!
Am 7. März, abends 7¹/₂ Uhr
im großen Saale des Schützenhauses
Zweiter Abend:
Johannes Falk
Vortrag von Herrn Pfarrer **Sorrau**,
umrahmt vom Gesang Falkscher Lieder
unter Mitwirkung des **Danziger Lehrer-Gesangsvereins** (Chorm.: Fritz Binder)
Karten zu 3, 2 u. 1 Guld bei W. F. Burau,
Danzig und Langfuhr. (12194)

Geschäftseröffnung!
Meiner geehrten Kundschaft hierdurch die Mitteilung, dass ich mit dem heutigen Tage in
Neufahrwasser, Olivaer Straße 53/54
ein Zweiggeschäft eröffne.
Georg Nemitz
Lederhandlung
Danzig, Pfefferstadt 50
Fernspr. in Neufahrw. 5275 (12191) Fernspr. in Danzig 2010

Gedal-Kräcke-weo
beseitigt ohne Berufsstörung lästiges Betthautjucken in kurzer Zeit. Nicht schmierend, geruchlos
Waldemar Gassner, Schwanen-Drogerie.
Altstädt. Graben 19/20 (12183)

Herren- und Burschen-Bekleidung, Anzüge, Mäntel, gestreifte Hosen
kaufen Sie billig und gut- und gewährt außerdem noch 10% Rabatt.
Berliner Konfektions-Vertrieb,
Jopengasse 27. (12192)

Neuer Rockanzug für starke Fig., Gr. 1,78 u. Chapeauclaque
umfänglich bill. zu verkauf. Zu erfr. bei Seidler, Neufahrwasser, Weichse str. 3a

Empfehle mich zum Kochen
bei gr. u. kl. Gesellschaften.
Fr. Heinrichs, Langfuhr, Am Johannisberg 7, 3 Tr.

Neu eingetroffen:
Sinclair-Romane
100 % G 3.-
Man nennt mich Zimmermann G 2.50
Der Swamp G 3.-
Jimmie Higgins G 3.-
Der Liebe Pilgerfahrt G 3.-
Buchhandlung „Bolkswacht“
Am Spandhaus 6 Paradenstraße 32

Ein fast neuer **Damenhut**
(Stroh) billig zu verkaufen
Am Schöb 10, 1 Treppe
Ein möbl. Zimmer zu vermieten.
Schöb 10, part.

Kredit ist wieder da!
Bei kleiner Anzahlung können Sie sofort mitnehmen!
Elegante **Damenmäntel** und **Herrenanzüge**
9 Lange Brücke 9

Tabakwaren-Großhandlung
liefert nach wie vor die **billigsten Zigarren Zigaretten Tabake**

Haustor &
Ecke Altstädtischer Graben (12175)

Wiedereröffnung!
Habe vorläufig mein seit 16 Jahren innegehabtes **Herren-Konfektionsgeschäft**
nach **Breitgasse 28 erste Etage**
Ecke Goldschmiedegasse verlegt.
Sie kaufen bei mir wie bekannt gut und billig, da meine Spesen gering sind.
Herren- u. Burschenanzüge
Schwedenmäntel, Hosen, Gummimäntel
zu staunend billigen Preisen.
Hermann Meyer
Breitgasse 28, erste Etage
Ecke Goldschmiedegasse
Zur Einführung auf alle Gegenstände bis 15. März 10 Prozent Rabatt

Parteigenossen!
kauft
Tabake Feinschnitt 30 G
Zigarren vor 8 G
Zigaretten mit Goldrand vor 1 G
und sonstige Rauchwaren
bei **E. Balda** Matzkasche Gasse 5a (12193)

Zu verkaufen:
1 Sofa, 1 Ringstuhl, alle schön, gut, schön und klein.
Mit Graben 19/20, 2. i.
Ein Kachelofen
zu verkaufen und billig zu kaufen gesucht. Offert. unt. V. 1978 an d. Exped. d. B.-K. (12197)

Reparaturen
an Nähmaschinen u. Gewandmaschinen werden billig ausgeführt.
J. Prüfer,
Jopengasse 21, hinter dem Postamt Danzig.
Je nach Größe
werden neue Socken aus gewählter Baumwolle billigst. Hohe Seigen 16. (12198)

Gratis - Gratis - Gratis
gibt es nichts, aber spottbillig bekommen Sie hochelegante
Garderoben bei mir
Herren-Anzüge einzelne Größen 42-, 38-, 36-, 30-, 26-, **22.-**
Herren-Anzüge farbig und blau und in allen Farb., aus prima Qualitäten 38-, 75-, 56-, 60-, 54-, **45.-**
Hochelegante Herren-Anzüge Ersatz für Maßarbeit, streng moderne Fassons 140-, 120-, 100-, 85-, 75-, **65.-**
Herren-Hosen in den modernsten Streifen 28-, 24-, 21-, 18-, 12-, 8.50, 6-, **4.-**
in **Burschen- u. Jünglings-Anzügen** sehr reichhaltiges Lager
Bekleidungshaus London
2. Damm 10, Ecke (12190)